



Stellungnahme

PISA 2025: Bildungserfolg darf keine Frage der Herkunft sein

Die Ergebnisse von PISA 2025 markieren für Deutschland einen neuen Tiefstand. Die Leistungen der 15-Jährigen sind in Mathematik und Lesen gegenüber 2022 erneut gesunken; in Naturwissenschaften blieben sie weitgehend stabil, liegen aber ebenfalls so niedrig wie nie zuvor. Alarmierend ist dieser Befund, überraschend kommt er nicht. Seit Jahren weisen Bildungsstudien auf dieselben strukturellen Probleme hin. Statt einer weiteren ritualisierten Krisenbeschwörung und einfachen Schuldzuweisungen braucht es eine differenzierte Auseinandersetzung. Als Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt) richten wir den Blick auf den zentralen Befund: Das deutsche Bildungssystem schafft es weiterhin nicht, soziale Ungleichheit wirksam auszugleichen.

1. Der zentrale Befund heißt Chancengerechtigkeit, nicht Migration

PISA 2025 zeigt erneut: In kaum einem anderen OECD-Land hängt der Schulerfolg so eng von der Herkunft der Familie ab wie in Deutschland. Fast ein Fünftel aller Leistungsunterschiede erklärt sich allein durch den sozioökonomischen Status – fast doppelt so viel wie im OECD-Durchschnitt.

Migrationshintergrund und sozioökonomische Benachteiligung hängen dabei in Deutschland besonders eng zusammen: Jugendliche mit Migrationshintergrund sind fast dreimal so häufig sozioökonomisch benachteiligt wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Das bedeutet: Wer über „Migration und Bildungserfolg“ spricht, muss deshalb auch über Armut und ungleiche Bildungsvoraussetzungen sprechen.

Rund drei Viertel des Leistungsabstands zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund lassen sich rechnerisch auf sozioökonomische Benachteiligung und Sprachbarrieren zurückführen, nicht auf Migration an sich. Das entkräftet pauschale Narrative von einem vermeintlichen „Integrationsversagen“ migrantischer Familien, ohne bestehende Ungleichheiten kleinzureden: Auch nach der Berücksichtigung sozioökonomischer Faktoren bleibt ein Leistungsabstand bestehen, der größer ist als im OECD-Durchschnitt.

2. Sprachförderung ja – Aussortierung nein

Fast neun von zehn der im Ausland geborenen Schüler*innen in Deutschland sprechen zu Hause überwiegend nicht Deutsch – deutlich mehr als im OECD-Durchschnitt. Das ist zunächst ein Hinweis auf die Mehrsprachigkeit ihrer Lebenswirklichkeit, nicht automatisch auf mangelnde Deutschkenntnisse. Zugleich unterstreicht der Befund die Verantwortung des Bildungssystems, allen Kindern den Erwerb der deutschen Bildungssprache zu ermöglichen. Sprachdiagnostik kann helfen, Unterstützungsbedarf zu erkennen. Wir lehnen jedoch Modelle ab, bei denen Sprachtests zur Grundlage für eine frühe Aussonderung der Kinder im Alter von 3 oder 4 Jahren in separate Fördergruppen werden. Fachverbände und Forschung betonen seit Jahren die Bedeutung alltagsintegrierter Sprachbildung: Kinder erwerben

Sprache vor allem in Beziehungen, im Spiel und im gemeinsamen Alltag mit anderen Kindern. Gezielte Förderangebote können diese Sprachbildung ergänzen, dürfen aber nicht zu einer dauerhaften Trennung führen. Damit Sprachbildung im Alltag gelingt, brauchen Kitas ausreichend qualifiziertes Personal, Zeit und verlässliche pädagogische Konzepte. Dort muss investiert werden

3. Eltern engagieren sich – das System lässt sie zu selten ran

PISA 2025 zeigt einen Rückgang der von Jugendlichen wahrgenommenen elterlichen Unterstützung im Alltag. Das darf nicht vorschnell als „Desinteresse der Eltern“ interpretiert werden. Die Studie unterscheidet deutlich zwischen dieser wahrgenommenen Alltagsunterstützung und der Beteiligung der Eltern an schulischen Aktivitäten. Elterngespräche, Gremienarbeit und ehrenamtliches Engagement blieben stabil oder nahmen teilweise sogar zu. PISA zeigt zudem einen Zusammenhang: An Schulen, die Elternbeteiligung gezielt fördern, berichten Schulleitungen von einer höheren Mitwirkung der Eltern. Elternbeteiligung ist daher nicht nur eine Frage des individuellen Engagements, sondern auch der Zugänge und Beteiligungsformate, die Schulen schaffen.

4. Bildung ist gemeinsame Aufgabe – keine Einbahnstraße

Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Staat, Bildungseinrichtungen und Familien. Gemeinsame Verantwortung darf jedoch nicht bedeuten, die Verantwortung für strukturelle Probleme des Bildungssystems auf Eltern zu verlagern. Partnerschaft heißt, miteinander zu sprechen, nicht übereinander.

Wir laden Politik und Schulverwaltung deshalb ein, mit Eltern – auch und gerade mit migrantischen Eltern und ihren Organisationen – in einen echten Dialog zu treten: Was brauchen Familien, um sich beteiligen zu können? Welche Zugänge und Formate müssen Schulen dafür schaffen? Migrantische Elternorganisationen können dabei wichtige Brücken zwischen Familien und Bildungseinrichtungen bauen. Dafür müssen sie als eigenständige Partner anerkannt und mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden – nicht als Ersatz für staatliche Aufgaben.

Unsere Forderungen

Frühe, alltagsintegrierte Sprachbildung stärken – beginnend in der Kita. Sprachdiagnostik muss der gezielten Förderung dienen, nicht der Aussonderung von Kindern.

Kitas und Ganztagschulen qualitativ und bedarfsgerecht ausbauen – mit ausreichend qualifiziertem Personal, Zeit und verlässlichen pädagogischen Konzepten.

Migrantische Elternorganisationen stärken – als bildungspolitische Partner und Brücken zwischen Familien und Bildungseinrichtungen, ausgestattet mit den notwendigen Ressourcen.

Verbindliche Beteiligungsstrukturen schaffen – etwa durch regelmäßige Roundtables mit Elterngremien und migrantischen Organisationen, bei denen Beteiligungsformate gemeinsam entwickelt werden.

Bildungsgerechtigkeit als Querschnittsaufgabe verstehen – Armutsbekämpfung, Wohnen, Gesundheit und frühkindliche Bildung gehören ebenso dazu wie die Schule selbst.